



Liebe Freunde und Freundinnen,

im Januar fand der 50. Verkehrsgerichtstag in Goslar statt. Ziel dieses jährlichen Kongresses ist die Beratung und Diskussion der deutschen Verkehrsexperten über aktuelle verkehrspolitische Themen. Im Rahmen des Verkehrsgerichtstages leitete ich eine Arbeitsgruppe zu dem Thema Pedelecs. Pedelecs sind von einem Elektromotor unterstützte Fahrräder, die immer häufiger auf Deutschlands Straßen und Fahrradwegen zu finden sind. Diese neuen Möglichkeiten finde ich insbesondere für Eltern mit Kindern und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen eine sinnvolle Unterstützung für mehr individuelle Mobilität. Daher setze Ich mich dafür ein, Pedelecs mit einer maximalen Motorunterstützung bis 25 km/h rechtlich wie Fahrräder zu behandeln und nicht durch Einschränkungen wie z.B. Versicherungspflicht. zu behindern. Die besonderen Fahreigenschaften der neuen Elektrofahräder bringen aber auch neue Risiken mit sich, denen sich die Nutzenden bewusst sein sollten. Die Verkehrsforschung ist aufgefordert, dem Bereich der elektrisch motorisierten Fahrräder verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

INHALT

- 2 Abfallrecht
- 3 Red Hand Day
- 4 Podiumsdiskussion:
"Ziviler Ungehorsam"
- 4 Reform des Flensburger
Punktesystems
- 5 Untersuchungsaus-
schluss des zur Neonazi-
Mordserie
- 6 Konzeptpapier: Moder-
ne Industriepolitik
- 7 Energiewende
- 9 1.000 Kranische für
Japan
- 10 Schweigeminute für die
Opfer rechtsextremisti-
scher Gewalt

Verkehrssicherheit ist auch das Thema unseres Zukunftsdialogs der SPD-Bundestagsfraktion. Unter dem Titel „Verkehrssicherheitsarbeit in der Praxis - Probleme und Chancen“ diskutieren wir am 21. März in Berlin mit vielen Verkehrsexperten über die erfolgreiche Umsetzung der Verkehrssicherheitsarbeit. Wie kann Politik einen Beitrag leisten, wichtige Impulse zu setzen, damit ein gutes Klima der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer auf den Straßen spürbar ist? Ich freue mich auf eine anregende Diskussion zu der ich alle Interessierten einlade.

Herzliche Grüße

IMPRESSUM

Kirsten Lühmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
kirsten.luehmann@bundestag.de

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Abfallrecht

Abfallrecht: Erfolg der SPD im Vermittlungsausschuss - Angriff auf Gebührenstabilität abgewehrt

Berlin, 13.02.2012 - „Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf mit der darin enthaltenden Freigabe für private Abfallsammlungen, war ein klarer Angriff auf die Gebührenstabilität im Abfallrecht. Daher bin ich besonders froh, dass wir im Vermittlungsausschuss unsere Hauptforderung durchgesetzt haben und diesen Plänen einen Riegel vorschieben konnten“, stellt Kirsten Lühmann, Bundestagsabgeordnete aus Celle anlässlich der Einigung zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz im Vermittlungsausschuss fest.

Auch die kommunalen Müllentsorgungsunternehmen seien gegen die ursprünglich von der CDU und FDP angestrebten Novellierungen zu Recht Sturm gelaufen, denn die Pläne der Bundesregierung hätten dazu geführt, dass die Abfallwirtschaft der Daseinsvorsorge nahezu komplett entzogen worden wäre, was zum einen Stellen in der Abfallwirtschaft gekostet hätte, aber letztendlich vor allem zu einer Abfallgebührenerhöhung für die Bürgerinnen und Bürger geführt hätte

„In dem Kompromiss, dem nun auch die SPD zustimmen wird, sind die Möglichkeiten für private Sammlungen nunmehr stark begrenzt. Die Gebührenstabilität im Abfallrecht ist somit dank des gemeinsamen Anstrengungen von SPD und den kommunalen Abfallentsorgern weiterhin gewährleistet“, ergänzt die Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann.

Protest gegen den Einsatz von Kindersoldaten Politiker sammeln „Rote Hände“

Celle, 07.02.2012 - Am 12. Februar 2012 findet zum 10. Mal der internationale „Red Hand Day“, der Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten statt. 250.000 Kindersoldaten sind nach Angaben der Vereinten Nationen auf der Welt immer noch im Einsatz. Sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen oder sexuelle Sklavendienste leisten.

Die Aktion Rote Hand, die weltweit von vielen kirchlichen, politischen und anderen gesellschaftlich engagierten Organisationen getragen wird, funktioniert folgendermaßen: eine Hand wird mit roter Fingerfarbe eingefärbt und damit ein Abdruck auf einem Blatt Papier erstellt.

Einfach, aber sehr symbolträchtig wird so eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen Krieg und Gewalt angeregt. Die rote Hand wird unwillkürlich mit einer blutigen Hand in Verbindung gebracht. Wenn ehemalige Kindersoldaten am 12. Februar weltweit mit diesem Symbol dafür demonstrieren, dass es keine Kindersoldaten mehr geben darf, wird diese Assoziation noch eindringlicher. Bei der Aktion "Red Hand Day" geht es darum, durch das Symbol der Roten Hände das Bewusstsein für das Leid der Kindersoldaten weltweit zu schärfen, um gegen dieses Problem politisch zu kämpfen.

Deshalb werden die produzierten „Roten Hände“ schließlich an Politikerinnen und Politiker übergeben, weil sie unmittelbar aktiv werden können. Kirsten Lühmann als Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Celle-Uelzen bat alle Bürger und Bürgerinnen, ein klares Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten zu setzen. Die „roten Hände“ konnten am Freitag, den 3. Februar, zwischen 12.00 Uhr und 15.00 Uhr im Wahlkreisbüro in der Lüneburger Str. 42 abgegeben werden. Am Samstag, den 4. Februar, fand die Aktion im Celler Büro statt. Gerne konnten dort auch direkt „rote Hände“ erstellt werden. In der kommenden Sitzungswoche des Bundestags wird Kirsten Lühmann sie ihrem Fraktionsvorsitzenden symbolisch übergeben.



Kirsten Lühmann: „Kinder haben ein Recht auf Kindheit! Deswegen ist das Ziel der Aktion, dass wir Politiker unseren Einfluss auf allen politischen Ebenen geltend

machen und den Einsatz von Kindersoldaten weltweit bekämpfen und hoffentlich endlich beenden!“



Red Hand Day

Über 300 Rote Hände aus Celle und Uelzen gegen den Einsatz von Kindersoldaten an Steinmeier übergeben

12.02.2012 - Am vergangenen Freitag und Samstag sind anlässlich des nächsten Sonntag anstehenden weltweiten und überparteilichen Protesttages „Red-Hand-Day“ gegen den Einsatz von Kindersoldaten auch in Uelzen und Celle blutrote Hände gesammelt worden.

Kirsten Lühmann, die als Abgeordnete noch kurzfristig für diese Aktion geworben hatte, zeigte sich von der Resonanz begeistert: „Obwohl wir mächtig spät dran waren, haben sich noch ganze Schulklassen, Kindertreffs und spontan im Wahlkreisbüro auftauchende Teilnehmer an der Aktion beteiligt.“ So konnten am Dienstag Nachmittag dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier allein aus unserem Wahlkreis mehr als 300 rote



Hände überreicht werden. Er verspricht, sie an die Vereinten Nationen in New York weiterzuleiten, die für die Initiativen gegen den Einsatz von



Kindersoldaten verantwortlich sind.

Der Einsatz von Kindersoldaten ist eine Menschenrechtsverletzung

Anlässlich der heutigen Debatte über den Einsatz von Kindern im Krieg und des internationalen Tages gegen den Einsatz von Kindersoldaten am 12. Februar erklärt die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Die Zahl der Kindersoldaten wird weltweit auf 250.000 geschätzt. Minderjährige werden sowohl von regulären Armeen

wie auch von Rebellen Gruppen rekrutiert. In den meisten Fällen handelt es sich um Zwangsrekrutierungen. Der Einsatz von Kindern im Krieg ist Kindesmissbrauch.

Inzwischen gibt es in der Strafverfolgung von mutmaßlichen Tätern Erfolge. Der ehemalige Staatspräsident

Liberias, Charles Taylor, und ehemalige Kommandeure aus dem Kongo sind vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt, weil sie Kinder rekrutiert haben sollen. Dennoch gehen viel zu viele Täter noch immer straffrei aus, wie es beispielsweise in Myanmar oder Kolumbien geschieht. Auf diese Regierungen muss die Staatengemeinschaft den

Druck erhöhen, um endlich diese Verbrechen an Kindern zu bestrafen und zu stoppen. Gerade Deutschland muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, nicht zuletzt als derzeitiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und Vorsitzender der UN-Arbeitsgruppe Kinder und bewaffnete Konflikte. Bundesentwicklungsminister Niebel ist dieser Tage in Myanmar. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Minister ausdrücklich auf, klare Kante zu zeigen und der Regierung in Myanmar klarzumachen, dass die Täter zur Verantwortung gezogen werden müssen und alle Kinder aus der Armee entlassen werden müssen. Die Entwicklungszusammenarbeit muss einen größeren Beitrag im Kampf gegen den Einsatz von Kindersoldaten leisten als bisher. Es müssen mehr Mittel bereit gestellt werden für konkrete Reintegrationsprogramme von Kindersoldatinnen und Kindersoldaten.

Nur so erhalten diese traumatisierten Kinder wirklich eine Chance, ein geordnetes und hoffentlich friedliches Leben zu führen. Besonders die Situation der Mädchen muss dabei beachtet werden. Viele wurden während der kriegerischen Auseinandersetzungen vergewaltigt und werden deshalb von der Gesellschaft stigmatisiert. Wir brauchen gezielte Eingliederungsprogramme, die die Mädchen und Jungen psychologisch betreuen.

Noch einmal: Der Einsatz von Kindern im Krieg ist Kindesmissbrauch und eine Menschenrechtsverletzung.



Innen

Podiumsdiskussion: "Ziviler Ungehorsam - sind Blockaden von Naziaufmärschen illegal oder demokratische Pflicht?"

Im Vorfeld der Demonstrationen gegen den Neonazi-Aufmarsch in Dresden lud der Juso-Landesverband Niedersachsen zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema "Ziviler Ungehorsam - sind Blockaden von Naziaufmärschen illegal oder demokratische Pflicht?" ins Kurt-Schumacher-Haus in Hannover ein.



Zu Gast waren Sigrid Leuschner, MdL und Kirsten Lühmann. Moderiert von der Vorsitzenden des Juso-Unterbezirks Region Hannover Lea Gronenberg wurde es eine spannende Diskussion, in der auch die rechtlichen Aspekte von Sitzblockaden eine Rolle spielten

. Sigrid Leuschner als stellvertretende Sprecherin für den Bereich Innen bei der SPD-Landtagsfraktion und Kirsten Lühmann als Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages hatten hierbei Gelegenheit Rechtsextremismus, Blockaden und Demonstrationen sowohl aus der Landes- als auch aus der Bundessicht darzustellen.

Das Bundesverfassungsgericht sieht Sitzblockaden unter bestimmten Voraussetzungen als von der Demonstrationfreiheit gedeckt an. "Ob jemand sitzend die Neonazis gegen Neonazis demonstrieren will oder stehend: Wichtig ist zu zeigen, dass dieses Gedankengut keinen Platz in unserer Demokratie hat." so Kirsten Lühmann.

Reform des Flensburger Punktesystems: Kein Rabatt für Drängler und Raser

Berlin, 09.02.2012 - Zu den heute bekannt gewordenen Eckpunkten einer Reform des Flensburger Punktesystems erklären der Sprecher der AG Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Sören Bartol und die stellvertretende Sprecherin Kirsten Lühmann:

Wir begrüßen, dass Bundesminister Peter Ramsauer nach mehr als zwei Jahren die Initiative des ehemaligen sozialdemokratischen Bundesverkehrsministers Wolfgang Tiefensee aufgreift und eine Reform des Flensburger Punktesystems endlich in Angriff nimmt. Der Bundesminister hatte eine Reform bereits für 2010 angekündigt.

Wir fordern mehr Transparenz für die Bürger. Die Regelungen müssen einfacher und verständlicher werden. Jeder Verkehrsteilnehmende sollte das Recht haben, schnell und unkompliziert seinen persönlichen Punktestand in Flensburg zu erfahren.

Wir lehnen eine Flatrate für Drängler und Raser ab. Alkoholsünder und Wiederholungstäter müssen auch in Zukunft hart bestraft werden. Wer uneinsichtig ist und zum Beispiel mehrfach massiv gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen verstößt, darf nach einer Reform nicht besser gestellt werden. Von dem Punktesystem geht eine erhebliche Präventivwirkung im Interesse der Verkehrssicherheit aus, die auch zukünftig erhalten werden muss.

Wir lehnen einen Straferlass für Punktesünder beim Übergang in das neue System ab. Alle Punkte, die bis zur Umstellung des Systems gesammelt





Untersuchungsausschuss

wurden, müssen ihre Gültigkeit behalten und umgerechnet werden. Eine Bagatellregelung, die ein Streichen von Punkten bei Einführung des neuen Systems vorsieht, lehnen wir ab.

Durch eine Reform des Flensburger Punktesystems müssen auch Steuergelder gespart werden. Die Führung des Verkehrszentralregisters kostet nach Aussagen der Bundesregierung jedes Jahr mindestens 15 Millionen

Euro. Davon werden rund zehn Millionen Euro durch Gebühren von Tätern erwirtschaftet.

Fünf Millionen Euro bleiben allein beim Steuerzahler hängen. Daher gilt: Das Verwaltungsverfahren muss entbürokratisiert und damit kostengünstiger werden. Aber: Die kostenlose gebührenfreie Auskunft für die Bürger muss erhalten bleiben.

Nach Angaben der Bundesregierung waren zum 1. September 2009 allein 11.375.000 Ordnungswidrigkeiten bei 7.262.000 Personen registriert. Nach Angaben des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) wurde 2007 insgesamt 139.246 Personen und 2008 insgesamt 137.149 Personen die Fahrerlaubnis entzogen. In den folgenden Jahren dürfte sich das Niveau auf gleicher Höhe gehalten haben.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine SPD-Anfrage: Vereinfachung der Punktesystematik des Verkehrszentralregisters in Flensburg:

(http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15716,00.pdf)

Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Neonazi-Mordserie nimmt Arbeit auf

An 9. Februar nahm der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ seine Arbeit auf. 2013 wird er seine Ergebnisse vorlegen. Gegenstand der Untersuchungen ist vor allem die Frage, wie sich Rechtsextremismus besser bekämpfen lässt, wo Bundesbehörden nicht ausreichend informiert wurden und inwieweit der Gesetzgeber auf Bundesebene tätig werden muss.

Auf der Pressekonferenz zum Ausschuss sagte die Obfrau der SPD-Fraktion, Dr. Eva Högl, dass ihre Fraktion engagiert an die Arbeit heran gehen werde. „Wir wollen lückenlos aufklären und Verbesserungsvorschläge erar-

beiten. Das sind wir den Opfern und ihren Familien schuldig“, so Högl vor der Hauptstadtpresse. Man werde sich auch nicht in Kompetenzstreitigkeiten mit der Bund-Länder-Kommission begeben. „Wir setzen uns mit den Kommissionsmitgliedern frühzeitig zusammen, und ich bin optimistisch, dass wir zu einer effizienten Arbeitsteilung finden werden.“

Zunächst gehe es in dem 11-köpfigen U-Ausschuss um die Sicherheitsarchitektur in Deutschland, die Organisation der Behörden und den Rechtsextremismus allgemein. Nach Ostern beginne dann die konkrete Aufklärung des Sachverhalts, die das Ziel habe, auf Bundesebene Verbesserungen durchzusetzen.

Sebastian Edathy, SPD-Innenexperte und Ausschussvorsitzender, sagte, es seien bis dato schon sieben Verfahrensbeschlüsse und 38 Beweisanträge einvernehmlich beschlossen worden. Das zeige, dass alle Fraktionen an einem Strang ziehen.

Doppelarbeiten vermeiden

Man werde, so Edathy, mit der Bund-Länder-Kommission und dem Thüringer Untersuchungsausschuss schon deshalb eng kooperieren, um Doppelarbeiten zu vermeiden. Die Gefahr, dass Länderbehörden mauern bei der Zulieferung von Akten und Informationen sehe er nicht: „Das wird sich jedes Bundesland gut überlegen, ob es als Blockierer in der Öffentlichkeit dastehen will.“ Es gehe nicht zuletzt darum zu prüfen, was hätte Bundesbehörden an Informationen vorliegen müssen, was nicht vorlag.

Welche Rolle spielt Prävention?

Anhand der Akten, die beigezogen würden, arbeite sich der U-Ausschuss bei den Zeugen vor. „Wir wollen keine Showveranstaltung, bei der es nur darum geht, möglichst prominente Zeugen zu laden“, konstatierte Edathy.

Sönke Rix, Sprecher der AG Strategien gegen Rechtsextremismus, ergänzte, dass die Dramatik der Ereignisse in der Aufklärungsarbeit von besonderer Bedeutung sei. „Wir wollen auch prüfen, inwieweit Prävention künftig stärker eine Rolle spielen kann.“

Die Äußerungen des niedersächsischen Innenministers Schünemann dass er keine Pflicht zur Amtshilfe sehe, lassen allerdings Zweifel an einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern aufkommen.



Wirtschaft

Konzeptpapier: Moderne Industriepolitik für die Arbeitswelt von morgen

Fast ein Viertel unserer Wertschöpfung wird in der Industrie erwirtschaftet. Zwei Drittel aller Arbeitsplätze hängen von der industriellen Produktion ab. Die SPD-Fraktion hat jetzt ihr Konzept zur Modernisierung des Industriestandorts Deutschland in den Bundestag eingebracht. „Wir brauchen eine Stärkung der realen Wertschöpfung und nicht der Finanzwirtschaft“, sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil in der Parlamentsdebatte.

Nicht zuletzt die großen internationalen Krisen der Jahre 2008 und 2010 haben gezeigt: Um Wohlstand und Arbeitsplätze zu

sichern, führt an einer leistungsfähigen Industrie kein Weg vorbei. Gleichzeitig steht die deutsche Industrie vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der die Industrie verändern wird. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen darauf reagieren.

Integrierte Industriepolitik

Mit einem industriepolitischen Konzept will die SPD-Bundestagsfraktion den Diskurs über die notwendige Modernisierung voranbringen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Garrelt Duin, und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil erläuterten bereits bei der Verabschiedung des Konzepts vor zwei Wochen, was die Sozialdemokraten unter einer integrierten Industriepolitik verstehen: Integriert heißt für sie, dass die klassische Industrie nicht gegen die neue ausgespielt wird, oder umgekehrt. „Integriert bedeutet auch, dass wir mit einer Stimme sprechen,“ betonte Garrelt Duin. „Wir sagen zur Wirtschaft dasselbe wie im Ortsverein oder zur Gewerkschaft.“

Es gehe um die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen, dabei müssten die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen.

„Hinter dem jüngsten Erfolg der deutschen Industrie stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ohne ihr Engagement in den Unternehmen und Betrieben wäre ein solcher Erfolg nicht möglich,“ heißt es in dem Industriekonzept. Industriepolitik müsse sich daher ebenso am Leitbild der ‚Guten Arbeit‘ orientieren, wie gute Arbeitspolitik am Leitbild einer innovations- und qualifikationsorientierten Industrie.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Die Stärke der deutschen Volkswirtschaft ist, dass sie als die vielleicht einzige in

Europa noch das ganze Spektrum von den Grundstoffindustrien bis zur Hightech-Schmiede umfasst. Um die Zukunft des Industriestandortes Deutschland zu sichern, machen die Sozialdemokraten konkrete Vorschläge.

Herausforderung Energiewende

Ein Impulsprogramm für Investitionen soll die Standortbedingungen für die Industrie verbessern. Die Infrastruktur soll ausgebaut und ein „intelligentes Energienetz“ geschaffen werden, das auf den Ausbau erneuerbarer Energien hin angelegt ist. Dabei müssten alle Beteiligten – Politik, Netzbetreiber, Energieerzeuger – im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern um Akzeptanz für Investitionen in Energieinfrastrukturprojekte werben.

Eine saubere, versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung sei eine der größten Herausforderungen, machte Hubertus Heil im Bundestag deutlich. „Die Art und Weise, wie diese Bundesregierung die Energiewende in diesem Land vor die Wand fährt, ist das größte Standortrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland,“ so Heil.

Qualität erfordert Bildung und Forschung, nicht Niedriglöhne

Zudem fordern die Sozialdemokraten eine schnelle Breitband-Internetverbindung für alle und bessere Verkehrsverbindungen. Um den drohenden Fachkräftemangel abzuwenden, schlägt die SPD-Fraktion eine Allianz aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik vor. Gemeinsam sollen sie die Rahmenbedingungen schaf-



© Anfängerfotograf / pixelio.de



Wirtschaft

fen, damit sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in jeder Lebensphase weiterbilden können.

Außerdem sollen mehr junge Menschen für ein Studium gewonnen und ausländische Fachkräfte stärker als bisher angeworben werden. Die SPD-Abgeordneten wollen den Missbrauch von Leiharbeit stoppen und den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen. Flächendeckend müsse ein Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden.

„Wir müssen in Deutschland auf die besten Produkte, Verfahren und Dienstleistungen setzen,“ so Hubertus Heil. „Das erreichen wir nur mit einer anderen Forschungs- und Qualifizierungspolitik, aber nicht mit immer niedrigeren Löhnen.“

Darüber hinaus fordern sie, die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern und diese effizienter einzusetzen. Innovationen müssten gefördert werden, um den technologischen Fortschritt voranzutreiben. Unternehmensgründungen sollen erleichtert werden.

Reformstau abbauen

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Deutschland muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden: Ein industriepolitisches „Weiter so“, wie es die Bundesregierung in ihrem Ende 2010 vorgestellten Konzept zur Industriepolitik präsentiert hat, wird den Herausforderungen nicht gerecht. „Sie erschaffen in Deutschland gerade einen neuen Reformstau,“ warf Hubertus Heil der Bundesregierung vor.

Er stellte klar: „Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa eine Stärkung der industriellen Basis unseres Kontinents.“ Das koste Geld. Deshalb sei das Aufkommen aus einer Finanztransaktionssteuer nötig, um ein europäisches Aufbauprogramm in den nächsten Jahren schultern zu können.

Es sei die Realwirtschaft, also die reale Wertschöpfung, die ein Land erfolgreich mache, stellte Heil klar. In Abwandlung des berühmten Satzes von Ex-US-Präsident Bill Clinton („It's the economy, stupid!“) müsse man im Zuge der Finanzkrise sagen: „It's the real economy, stupid!“

Das Konzeptpapier finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/085/1708572.pdf>

Steinmeier: Regierung fährt Energiewende vor die Wand

Als die Aktuelle Stunde zur verfehlten Energiepolitik der Bundesregierung im Bundestag am 8. Februar auf der Tagesordnung stand, machten Meldungen vom deutschen Stromexport nach Frankreich die Runde. Das Atomland Frankreich mit 59 Meilern benötigte die Strommenge von 80 Atomkraftwerken. In Deutschland ist der von Atomkraftbefürwortern prognostizierte Black-Out trotz Minus-Temperaturen bislang ausgeblieben. Stromexporte aus Deutschland sorgten vielmehr dafür, dass bei unseren französischen Nachbarn nicht die Lichter ausgingen. Dennoch ist die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung verheerend. Sie fährt die notwendige Energiewende vor die Wand, wie SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier ihr attestierte.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte die Energiewende mit dem Atomkonsens und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

eingeleitet.

In der Großen Koalition waren die Sozialdemokraten der Garant dafür,

fortgesetzt wurde. Mittlerweile tragen die Erneuerbaren Energien rund 20 Prozent zur Stromerzeugung in Deutschland bei. Rund 400.000 Beschäftigte arbeiten im Bereich der Erneuerbaren Energien, und Deutschland erreichte die Technologieführerschaft. All das setzt Schwarz-Gelb aufs Spiel.

Auf die doppelte Kehrtwende von Schwarz-Gelb folgt Stillstand

Schwarz-Gelb vollführte im Herbst 2010 ihre eigene Energiewende mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, die bald ein Jahr zurückliegt, gab die Bundesregierung dem öffentlichen Druck nach, schaltete acht Atomkraftwerke ab und beschwor nun den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Frank-Walter Steinmeier warf der Bundesregierung in der Aktuellen Stunde vor, dass nach dieser „doppelten Kehrtwende“ zwar hehre Ziele formuliert wurden, doch seitdem „Schicht im Schacht“ herrsche. „Die Energiewende ist vor die Wand

© sAndreas Hermsdorf / pixelio.de





Endlager

gefahren, bevor sie begonnen hat," sagte Steinmeier. Die Regierung missbrauche die Vorschläge ihrer eigenen Expertenrunde mit dem ehemaligen CDU-Umweltminister Klaus Töpfer. Denn der hatte ihr aufgetragen, dass die Energiewende als zentrale Herausforderung begriffen und eng durch ein politisches und gesellschaftliches Monitoring begleitet werden müsse.

Schwarz-gelbe Uneinigkeit und Untätigkeit gefährdet Industriestandort

Seit Monaten blockieren Konflikte zwischen Wirtschaftsminister Rösler (FDP) und Umweltminister Röttgen (CDU) wie zum Beispiel zum EEG und zur Energieeffizienz-Richtlinie der Europäischen Kommission die Energiepolitik. Die Kanzlerin steuere nicht. „Es scheint nicht mal zu interessieren, was da vor die Wand läuft,“ stellte Steinmeier fest. Diesen Zustand beschrieb er für das Hochtechnologieland Deutschland als brandgefährlich. Die hochtechnologische Produktion wie in der Chemie und Metallurgie, von der unser Land lebe, funktioniere nur bei absolut schwankungsfreier Energieversorgung. Im Jahr 2011 seien 900 Eingriffe in die Stabilisierung des Netzes notwendig gewesen. Üblich war bisher fünf bis zehn.

Der Ausbau der Energienetze ist dringend notwendig, um den Strom von den Off- und Onshore-Windparks im Norden in den Süden Deutschlands transportieren zu können. Doch die Regierung treibt ihn nicht voran. Von geplanten 700 Kilometern in Schleswig-Holstein seien gerade einmal 30 gebaut. Wenn es in diesem Tempo weitergehe, sei das erforderliche Netz in 100 Jahren noch nicht fertig, sagte Steinmeier.

Durch den fehlenden Regulierungsrahmen würde auch der Bau von Gaskraftwerken, die Schwankungen im Netz ausgleichen könnten, wenn Sonne und Wind ausblieben, nicht stattfinden. Weil keine Investitionssicherheit bestehe. Für den Ausbau der Erneuerbaren Energien forderte Steinmeier eine „innovative Fortentwicklung des EEG mit neuen energiewirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten und einer Synchronisation zwischen Netzausbau und Installation neuer Anlagen.“ Und gerade bei der für Netzausbau und Versorgungssicherheit so wichtigen Bundesnetzagentur leisteten sich Rösler und Röttgen nichts als Postengeschacher, bei dem es um Parteipolitik und nicht um fachliche Kompetenz ginge, sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber.

Gutachten zum Regierungsentwurf für ein Endlagersuchgesetz

Am 9. Februar, dem Tag des Gesprächs zwischen Bund und Ländern über den zweiten Entwurf eines Endlagersuchgesetzes des Bundesumweltministeriums, stellte die SPD-Bundestagsfraktion das von ihr beauftragte Gutachten von Dr. Wolfgang Renneberg zum aktuellen Gesetzentwurf vor. Renneberg war langjähriger Leiter der Atomaufsicht im Bundesumweltministerium und leitet heute das Büro für Atomsicherheit. Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion kritisierte er vor allem, dass Gorleben im Gesetzentwurf immer noch als gesetzter Standort für ein Endlager betrachtet wird und von der Prüfung auf Ausschlusskriterien befreit werden soll. Den Entwurf bewertet die SPD-Fraktion insgesamt als mangelhaft und nicht konsensfähig.

Mit dem Gesetzentwurf schaffe Umweltminister Röttgen (CDU) kein Vertrauen im Parlament und in der Bevölkerung, sagte die Sprecherin der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe des Gorlebenuntersuchungsausschusses, Ute Vogt. Die Suche nach einem atomaren Endlager sei kein Thema für eine Wahlperiode. Ein Austausch mit den Ländern über die gesetzliche Regelung der Endlagersuche sei zwar richtig, doch das Parlament werde in den Prozess nicht einbezogen.

Umweltminister will „Gorlebenfindungsgesetz“

Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Ethikkommission und ein neues Bundesinstitut lehnen die Sozialdemokraten und Dr. Renneberg ab. Das Institut solle die kritische Arbeit des Bundesamtes für Strahlenschutz in Fragen der Atomsicherheit aushebeln, kritisierte Vogt. Für die SPD-Bundestagsfraktion handele es sich bei dem Gesetzentwurf eher um „ein Gorlebenfindungsgesetz“. Den Standort Gorleben bezeichnete Vogt als „juristisch, politisch und geologisch tot“. Wenn Gorleben überhaupt mitbetrachtet werden sollte, dann müssten die gleichen Kriterien wie für die anderen Standorte und wissenschaftliche Genauigkeit gelten. Die SPD-Bundestagsfraktion werde das Gutachten von Dr. Renneberg in das Parlamentarische Verfahren einbringen, kündigte Vogt an.



Endlager

Gesetzentwurf hebt atomrechtliche Schutzziele aus

„Der Entwurf leidet wie sein Vorgänger daran, dass die Suche nach dem bestmöglichen Endlagerstandort als etwas Neues dargestellt wird, was außerhalb des Verfahrens des bisherigen Atomgesetzes liege,“ heißt es im Gutachten. Damit würden die atomrechtlichen Schutzziele für die Standortauswahl inklusive Erkundung, Standortvergleich und Langzeitsicherheitsnachweis nicht gelten, sagte Renneberg. Das von Röttgen vorgesehene Bundesinstitut soll die Schlüsselfunktion einer Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde erhalten, die Kontrollmöglichkeiten des Parlaments seien dabei defizitär.

Darüber hinaus würden die Betreiber von der gesetzlichen Pflicht befreit, die Kosten für die Endlagersuche zu tragen. Eine öffentliche Finanzierung zu Lasten der Steuerzahler lehnt die SPD-Bundestagsfraktion ab. Auch die Europäische Union fordert verbindlich die Durchsetzung des Verursacherprinzips.

Die Öffentlichkeit soll nach Röttgens Gesetzentwurf nicht aktiv am gesamten Verfahrensprozess beteiligt werden. Ein Anspruch auf vollständige Akteneinsicht, das Recht auf unabhängige Sachverständige und eine kontinuierliche Verfahrensmediation sind nicht vorgesehen.

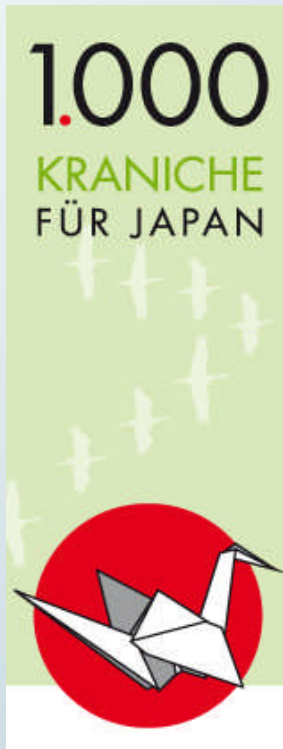
Gorleben muss als Standort ausscheiden

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch, sagte, dass in Gorleben nur ein Erkundungsstopp das Vertrauen der Bevölkerung wiederherstellen kann. Durch den Untersuchungsausschuss lägen ausreichend Fakten auf dem Tisch, die deutlich machten, dass der Standort nicht in Frage komme. Deshalb müsse Gorleben als Referenzstandort ausscheiden.

Auch zahlreiche Umweltverbände und Initiativen lehnen Röttgens Gesetzentwurf ab und riefen zu Demonstrationen und Protestkundgebungen auf.

Hier finden Sie das Gutachten im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion zum Entwurf des Endlagersauswahlgesetzes:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15719,00.pdf



1.000 Kranische für Japan

Ein Aufruf des BUND

Liebe Gegnerinnen und Gegner der Atomkraft,

am 11. März jährt sich die Reaktor-Katastrophe in Fukushima. An diesem Tag möchten wir gemeinsam mit Ihnen ein Zeichen gegen Atomkraft setzen. Wir falten 1.000 Papier-Kraniche und werden sie persönlich vor Ort übergeben.

Der Kranich ist in Japan ein Symbol der Anti-Atomkraft-Bewegung. Außerdem bedeutet er in der japanischen Tradition Glück und Gesundheit, wenn man ihn verschenkt. Dieses Geschenk wollen wir den Menschen in Japan machen.

Falten Sie einen Kranich

Schicken Sie uns Ihren ganz persönlichen Kranich bis zum 1. März. Unser Vorsitzender

Hubert Weiger wird ihn zum Jahrestag der Reaktor-Katastrophe nach Fukushima bringen und dort übergeben.

Mitmachen (Video mit Falt-Anleitung)

www.bund.net/index.php?id=15030&rid=P_1405&mid=1489&aC=a21f1d69&jumpurl=0

Origami Kraniche und die Friedensbewegung

Sadako Sasaki war zweieinhalb Jahre alt, als über Hiroshima die erste Atombombe abgeworfen wurde. Sadako überlebte und wuchs zunächst scheinbar unversehrt auf. 1954 brach sie jedoch während eines Lauftrainings zusammen. Im Krankenhaus wurde der Elfjährigen Leukämie diagnostiziert, eine Erkrankung die unter den Opfern der Atombombenabwürfe häufig anzutreffen war. Eine Freundin machte sie auf eine alte japanische Legende aufmerksam, nach der derjenige, der 1.000 Origami-Kraniche faltet, von den Göttern einen Wunsch erfüllt bekommt. Daraufhin begann Sadako während ihres Krankenhausaufenthalts Kraniche zu falten, um von den Göttern Heilung zu erbitten. Wie viele Kraniche sie bis zu ihrem Tod 1955 gefaltet hat ist unklar, es waren jedoch weit mehr als 1.000. Bis heute sind Papierkraniche ein Symbol der internationalen Friedensbewegung und des Widerstands gegen den Atomkrieg.



Aufruf

Gemeinsamer Aufruf der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt

Die von rechtsextremistischen Gewalttätern verübten Morde, Raubüberfälle und Anschläge erfüllen die Menschen in Deutschland mit Abscheu und Entsetzen. Wir trauern um die Opfer. Unser Mitgefühl gilt den Familien und Freunden, die geliebte Menschen verloren haben. Wir sind tief betroffen, dass nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland diese entsetzlichen Verbrechen geschehen konnten.

Arbeitgeber und Gewerkschaften treten gemeinsam ein für ein Deutschland, in dem Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz haben.

In den Unternehmen in Deutschland ist zwischen den Beschäftigten ethnische und kulturelle Vielfalt gelebte Realität. Die Betriebe geben zahlreiche Beispiele für erfolgreiche Integration, Respekt und Toleranz. Wir stehen daher gemeinsam in der Pflicht, rechtsextremem Gedankengut entschieden entgegenzutreten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände rufen die Menschen in Deutschland dazu auf, am **Donnerstag, 23. Februar 2012, um 12.00 Uhr** für eine Schweigeminute in ihrer Arbeit innezuhalten. Dies geschieht zeitgleich mit dem zentralen Staatsakt der Verfassungsorgane des Bundes für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt.

Im stillen Gedenken an die Opfer soll ein kraftvolles Zeichen gesetzt werden: ein Zeichen der Trauer und des Mitfühls mit den Opfern, ihren Familien und Freunden, ein Zeichen der Verurteilung von Fremdenhass, Rassismus und rechtsextremer Gewalt, ein Zeichen für die Vielfalt und Offenheit Deutschlands.

**Schweigeminute: Donnerstag, 23. Februar 2012,
um 12.00 Uhr**